

A-1 Neuwahl des Landesvorstandes jetzt!

Antragsteller*in: Kreisverband Südliche Weinstraße
Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

- 1 Die Kreismitgliederversammlung des Kreisverbandes Südliche Weinstraße von
- 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert, die Neuwahl des Landesvorstandes der Partei
- 3 vorzuziehen und noch vor der Sommerpause 2016 durchzuführen.

Begründung

Das Ergebnis der Landtagswahl macht eine grundlegende Neubewertung der Lage der Partei und eine inhaltliche und gegebenenfalls auch strukturelle Neuausrichtung notwendig.

Für diese jetzt anstehenden schwierigen Aufgaben benötigt der Landesvorstand die Unterstützung und das Vertrauen der Parteibasis. Deswegen kann die Wahl des Vorstandes nicht turnusgemäß im Frühjahr 2017 stattfinden, sondern muss unverzüglich erfolgen.

A-2 Einrichtung einer Arbeitsgruppe „2030“

Antragsteller*in: Kreisverband Trier

Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

1 DIE GRÜNEN Rheinland-Pfalz richten eine Arbeitsgruppe „2030“ ein, deren Ziel die
2 Erarbeitung von Maßnahmen zur Stärkung der Parteistruktur ist, um das
3 vorhandene Potential an WählerInnen in RLP nachhaltig zu binden.

4 Die AG besteht aus

- 5 • einer/einem Landesvorsitzenden/m
- 6 • der LandesschatzmeisterIn
- 7 • zwei Mitgliedern der GRÜNEN Landtagsfraktion
- 8 • sechs VertreterInnen aus den Kreisverbänden

9 Die Mitglieder der AG „2030“ werden durch den Kleinen Parteitag für zwei Jahre
10 gewählt.

11 Die Landesvorstandsmitglieder organisieren die AG und berichten einmal jährlich
12 über die Ergebnisse und deren Umsetzung.

13 Für die Arbeit der AG ist ein Etat im Haushalt vorzusehen.

14 Über die Auflösung der AG entscheidet eine LDV.

Begründung

Liebe Freunde und Freundinnen,

bei diesem Antrag geht es ausdrücklich nicht darum, eine Arbeitsgruppe zu gründen, die uns inhaltlich anders oder gar neu aufstellt. Auch geht es nicht um die nach Wahlen so gern geforderten Satzungsänderungen hinsichtlich Landesvorstand oder ähnlichem.

Vielmehr geht es um die Frage: wie stellen wir Grüne in Rheinland-Pfalz uns strukturell - somit also langfristig - besser auf, um unser Wählerpotential an uns zu binden und unsere Stammwählerschaft zu erhöhen?

Diese (Über-)Lebensfrage stellt sich aus der Analyse unserer Landtagswahlergebnisse: wir haben bei der letzten Wahl 2016 im Grunde nur das Ergebnis von 2006 wiederholt. D.h. dann aber auch, dass wir es in den letzten zehn Jahren nicht ausreichend geschafft haben, unsere WählerInnenbindung zu stärken. Vor allem die letzten fünf Jahre boten dazu Chancen, doch trotz drei Ministerinnen, drei Mitgliedern des Bundestages und achtzehn Landtagsmitgliedern gelang dies nicht.

Wieso dies so war und was man dagegen tun kann, darum soll es in der Arbeitsgruppe gehen. Damit wir in zehn Jahren nicht wieder bangen müssen, wenn es zur Landtagswahl kommt, und damit die politische Stärke der Grünen RLP landesweit erhöht wird.

Angemerkt sei noch: Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass die Arbeitsgruppe keine in sich ver- und geschlossene Gruppe sein soll, sondern so offen und transparent und die Basis einbindend arbeitet, wie es auch bei den LAGen der Fall ist.

D-1 Personalvorschlag des Landesvorstands für das rot-gelb-grüne Kabinett

Tagesordnungspunkt: 2. Landtagswahl 2016

1 Der Landesvorstand schlägt der Landesdelegiertenversammlung vor, folgenden
2 Personalvorschlag für das rot-gelb-grüne Kabinett zu beschließen:

- 3
- Ulrike Höfken, als Ministerin für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten
 - Anne Spiegel, als Ministerin für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz
- 4
5

Begründung

erfolgt mündlich

Begründung der Dringlichkeit:

Das Ergebnis der Urabstimmung über den Koalitionsvertrag lag am 9. Mai vor. Der Beschluss des Landesvorstands über dem Personalvorschlag folgte am 10. Mai und damit nach der Antragsfrist.

Unterstützer*innen

Katharina Binz (KV Mainz); Thomas Petry (KV Birkenfeld); Britta Steck (KV Bernkastel-Wittlich); Corinna Kastl-Breitner (KV Neustadt/Weinstr.); Sven Dücker (KV Trier); Irene Alt (KV Mainz-Bingen); Tabea Rößner (KV Mainz); Jutta Paulus (KV Neustadt/Weinstr.); Dr. Bernhard Braun (KV Ludwigshafen); Jutta Blatzheim-Roegler (KV Bernkastel-Wittlich); Pia Schellhammer (KV Mainz-Bingen); Daniel Köbler (KV Mainz); Eveline Lemke (KV Ahrweiler); Andreas Hartenfels (KV Kusel); Gunther Heinisch (KV Mainz); Toni Krüger (KV Rhein-Pfalz); Anna Neuhof (KV Altenkirchen); Dietmar Johnen (KV Vulkaneifel); Jana-Maria Johnen (KV Vulkaneifel); Ingrid Johnen (KV Vulkaneifel); Dani Fössl (KV Mainz)

D-2neu Keine Zustimmung zu Abkommen wie TTIP, CETA, TiSA!

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND RLP

Tagesordnungspunkt: 5. Verschiedenes

1 Die TTIP-Leaks zum aktuellen Stand der Verhandlungen des geplanten
2 Handelsabkommens TTIP (Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft)
3 haben gezeigt, dass unsere Kritik an zahlreichen Themenfeldern berechtigt war.
4 So droht uns mit dem Inkrafttreten TTIPs der Verlust an Demokratie, der Abbau
5 der Verbraucher- und Arbeitnehmerrechte, sowie massive Einschnitte bei
6 etablierten Sozialstandards. Trotz des anhaltenden, starken und berechtigten
7 Widerstands aus der Gesellschaft hält die Bundesregierung an dem ausgewiesenen
8 Ziel des zügigen Abschlusses der Verhandlungen fest. Dies würde nicht nur
9 bedeuten, dass sie die Intransparenz bei der Verhandlungsführung unterstützt,
10 sondern auch das massive Senken diverser Standards befürwortet und vorantreibt.
11 So geht aus dem nun veröffentlichtem Vertragsentwurf auch hervor, dass durch
12 TTIP das Vorsorgeprinzip, welches in der EU zum Beispiel bei Chemikalien
13 angewendet wird, dem Risikoprinzip weichen soll. Dadurch müsste vor
14 Markteinführung der Chemikalien nicht mehr nachgewiesen werden, dass sie
15 unschädlich sind. Stattdessen sind dann staatliche Institutionen dazu
16 verpflichtet nachzuweisen, dass sie explizit schädlich sind, damit die
17 Unternehmen diese wieder von dem Markt nehmen müssen. Durch das massive Absenken
18 von tarifären und nicht-tarifären Standards durch das geplante Handelsabkommen
19 TTIP werden damit beide Parteien schlechter gestellt. Für die Anpassung der
20 Märkte ist kein umfassendes Abkommen notwendig. Stattdessen sind
21 branchenspezifische Regelungen ausreichend, um überflüssige
22 Handelsbeschränkungen abzubauen.

23 Durch die TTIP-Leaks ist auch neuer Schwung in die Debatte um Handelspolitik
24 gekommen. Daher fordern wir von den GRÜNEN Rheinland-Pfalz bundesweit dafür
25 einzutreten, Handelspolitik auf transnationaler Ebene zu führen. Durch die 240
26 geleakten Seiten sind Bundesregierung und EU-Kommission unter
27 Rechtfertigungsdruck gekommen und wir müssen nun die Chance nutzen, offen
28 darüber zu diskutieren, wie Handel gestaltet werden soll. Für uns als GRÜNE
29 steht fest, dass nur fairer, multilateraler Handel auch freier Handel sein kann.
30 Wir wollen eine gerechte und ökologisch nachhaltige Globalisierung. Die gibt es
31 nur mit starken Regeln, die Umwelt, Beschäftigte und VerbraucherInnen schützen.

32 Aktuell steht das Handels- und Investitionsschutzabkommens der EU mit Kanada
33 (CETA) an. Die Landesdelegiertenversammlung fordert daher den Landesvorstand,
34 die Landtagsfraktion und die grünen Minister in der neuen Landesregierung auf,
35 alle zur Verfügung stehenden Mittel zu nutzen, um sicherzustellen, dass das Land
36 Rheinland-Pfalz im Bundesrat nicht CETA stimmen wird.

37 Seit Februar dieses Jahres liegt der endgültige Text für CETA vor. Es ist davon
38 auszugehen – so auch die Position der Bundesregierung – dass es sich um ein
39 gemischtes Abkommen handelt, das auch durch die Bundesrepublik Deutschland – und
40 hier durch Bundestag und Bundesrat – ratifiziert werden muss.

41 Die GRÜNEN haben in der Vergangenheit vielfach deutlich gemacht, dass sie Mandat
42 und Verlauf der Verhandlungen zu CETA abgelehnt haben. Der jetzt als
43 Verhandlungsergebnis vorliegende Vertragstext bestätigt diese Ablehnung. So sind

44 insbesondere weiterhin Sondergerichte für den Investitionsschutz in dem Text
45 enthalten, weitreichende Liberalisierungsverfahren für Dienstleistungen
46 („Negativliste“) bedrohen Dienstleistungen der Daseinsvorsorge und der Abbau von
47 „nichttarifären Handelshemmnissen“ ohne Bindung an das Vorsorgeprinzip (u.a. im
48 Rahmen der regulatorischen Kooperation) wird zur Senkung ökologischer und
49 sozialer Standards führen.

50 Unter den gegebenen Voraussetzungen ist für uns als GRÜNE Rheinland-Pfalz klar,
51 dass wir keinen derartigen Handelsabkommen, wie TTIP, CETA oder TiSA, im
52 Bundesrat zustimmen werden.

53 Der Vorstand wird aufgefordert auf, die relevanten Bestandteile der geleakten
54 Dokumente für die Bevölkerung verständlich auf den Internetauftritten der GRÜNEN
55 Rheinland-Pfalz bereitzustellen. Desweiteren soll eine landesweite LAG-
56 übergreifende Arbeitsgruppe "Welthandel" gegründet werden, in der inhaltlich und
57 strategisch daran gearbeitet wird, wie Handelsabkommen von den GRÜNEN Rheinland-
58 Pfalz begleitet werden. Darüber hinaus fordern wir vom Vorstand eine landesweite
59 Kampagne in diesem Jahr zu den Handelsabkommen, in der die bereits bestehende
60 Bündnisse und gesellschaftliche Gruppen einbezogen werden und über die Abkommen
61 aufgeklärt und gesellschaftlicher Protest gefördert wird.

Begründung

Begründung der Dringlichkeit:

Die TTIP-Leaks fanden am 02.05.16 statt und somit nach der Antragsfrist.

Begründung:

Wir GRÜNE stellen uns bereits seit Jahren TTIP entgegen, diese Leaks sollten uns noch einmal in unserem Engagement bestärken, es weiterhin zu bekämpfen. Denn sie bieten eine Chance die Politiker der Großen Koalition insbesondere der SPD öffentlich zu stellen und zu einem Abbruch der Verhandlungen zu bewegen. Lasst uns gemeinsam ein Zeichen setzen mehr denn je gegen TTIP zu kämpfen und es endgültig zu kippen. Eine GRÜNE Handelspolitik muss sich an folgenden drei Grundsätzen orientieren: Erstens den Einklang von Wirtschaft, Umwelt und Soziales. Dafür brauchen wir Handelsregeln, die fairen Wettbewerb ebenso fördern wie eine Wirtschaftsweise, die unsere Ressourcen schont, unsere Umwelt erhält und Menschen mehr Lebensqualität bringt. Verbindliche und hohe Standards schützen Beschäftigte und Verbraucher*Innen. Als einen ersten Schritt fordern wir die Reform der Welthandelsorganisation WTO. Zweitens muss Handel auch Chancen für Länder des globalen Südens bringen. Das Ziel von Handel muss sein, Armut auf der Welt abzubauen und mit fairem Handel die Basis für eine nachhaltige Entwicklung zu legen. Das bedeutet für uns beispielsweise das Vorsorgeprinzip in allen Handelsverträgen zu verankern und bereits geltende Standards durch die Angleichung nicht zu verwässern. Drittens muss Handel Menschenrechte weltweit stärken. So gilt es vor dem Beginn von Verhandlungen die sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Folgen des jeweiligen Abkommens abzuschätzen und Unternehmen müssen dazu verpflichtet werden die ILO-Arbeitsnormen, sowie internationale Umweltabkommen in ihre Liefer- und Produktionsketten einzuhalten und zu kontrollieren.

D-3 Wirkungsvollen Klimaschutz auch durch eine kraftvolle Energiewende fortsetzen

Antragsteller*in:

Ukrike Höfken (KV Bitburg-Prüm), Bernhard Braun (KV Ludwigshafen), Jutta Paulus (KV Neustadt a.d.W.), Manfred Seibel (KV Südwestpfalz), Kerstin Ramm (KV Mainz), Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel), Thomas Pensel (KV Mainz), Dr. Thomas Griese (KV Aachen), Claudia Laux (KV Bernkastel-Wittlich), Christian Vierring (KV Mainz), Götz von Stumpfeldt (KV Mainz), Tabea Roeßner (KV Mainz), Uli Bock (KV Mayen-Koblenz), Theresia Utters (KV Vulkaneifel) Benjamin Buddendick (KV Koblenz), Jennifer Werthwein (KV Ludwigshafen), Wolfgang Schlagwein (KV Ahrweiler), Regine Wilke (KV Neuwied), Martin Schykowski (KV Mainz), Thorsten Lange (KV Mainz), Erwin Manz (KV Bad Kreuznach), Elias Weinacht (KV Rheinpfalz), Catrin Müller (KV Bernkastel-Wittlich), Lukas Hartmann (KV Landau), Andreas Hartenfels (KV Kusel)

Tagesordnungspunkt: 5. Verschiedenes

1 Die von der Bundesregierung vorgeschlagene Novellierung des Erneuerbare Energien
2 Gesetz (EEG) zeigt deutlich: Die Bundesregierung hat kein Interesse mehr daran,
3 der Energiewende neuen Schwung zu verleihen oder den klimapolitischen
4 Verpflichtungen Deutschlands nachzukommen. Statt eines klaren Kurses in der
5 Energiepolitik verliert sich die GroKo im Klein-Klein und bremst die
6 Erneuerbaren Energien aus. Damit werden nicht nur die Klimaschutzziele
7 Deutschlands unterlaufen, sondern auch die wirtschaftliche Entwicklung eines
8 gesamten Wirtschaftszweiges. Schon heute hat die Branche der Erneuerbaren
9 Energien viele Arbeitsplätze, von der Industrie bis zum Handwerk, geschaffen.
10 Nicht nur die Gesundheit und die intakte Umwelt der kommenden Generationen wird
11 aufs Spiel gesetzt, sondern auch die Wirtschaftskraft Deutschlands, die von den
12 direkten Folgeschäden massiv bedroht wird. Doch statt Planungssicherheit kommt
13 von der Bundesregierung seit Jahren nur ein Unsicherheit schaffendes Vor und
14 Zurück, das die Energiewende verhindert und damit Klimaschutz, wirtschaftliche
15 Entwicklung und Arbeitsplätze in Rheinland-Pfalz und in ganz Deutschland
16 gefährdet.

17 Vor wenigen Monaten traf sich die internationale Staatengemeinschaft in Paris
18 und hat sich auf ambitionierte Klimaschutzziele verständigt. Auch die
19 Bundesregierung hat sich dort zu diesen Zielen bekannt.

20 Bund und Länder stehen daher vor der großen Herausforderung, dieses Bekenntnis
21 in konkrete Maßnahmen zu übersetzen. Ein wesentlicher Baustein muss die
22 kraftvolle Fortsetzung der Energiewende sein. Wir brauchen auch in den nächsten
23 Jahren einen weiteren deutlichen Ausbau der Erneuerbaren Energien. Zudem gilt
24 es, die Energiewende im Wärmesektor und im Verkehrsbereich zu forcieren und alle
25 drei Bereiche stärker miteinander zu vernetzen.

26 In Rheinland-Pfalz haben wir in den vergangenen fünf Jahren viel getan. Wir
27 Grüne haben einen großen Anteil daran, dass die installierte Leistung der
28 Erneuerbaren Energien seit 2011 verdoppelt wurde. Wir haben exemplarisch in der
29 Eifel aufgezeigt, wie man in einer Region die Energiewende ganzheitlich
30 erfolgreich weiterentwickeln kann. Zudem haben wir landesweit mehrere
31 vielversprechende Speicherprojekte angeschoben. Aber dies kann nur ein Auftakt
32 sein. Wir wollen diese Erfolgsgeschichte in den nächsten fünf Jahren

33 fortschreiben. Neben der Weiterentwicklung des Stromsektors ist die Wärmewende
34 unser nächstes zentrales Klimaschutz- und Energiewendeprojekt. Hier gilt es die
35 richtigen Impulse zu geben.

36 Auch auf Bundesebene haben wir uns als rheinland-pfälzische Grüne immer für
37 zukunftsorientierte Rahmenbedingungen eingesetzt und die Fortsetzung und
38 Weiterentwicklung der Energiewende eingefordert. Am 27.11.2015 haben die Länder
39 Bayern, Thüringen und Rheinland-Pfalz eine EntschlieÙung hinsichtlich der
40 Stärkung der Stromerzeugung aus Bioenergie im künftigen EEG eingebracht. Hierin
41 erkennen die Länder an, dass Bioenergie wesentlich zu einer verlässlichen,
42 flexiblen und bedarfsgerechten Stromproduktion beitragen kann. Vor allem Biogas
43 kann die Schwankungen ausgleichen, die durch die Stromerzeugung mit Wind und
44 Sonne auftreten.

45 Diese EntschlieÙung wurde mittlerweile mit großer Mehrheit im Bundesratgefasst.

46 Gemeinsam mit anderen grünen Regierungen haben wir uns konstruktiv am
47 Gesetzgebungsprozess beteiligt, trotz unserer grundsätzlichen Kritik an der
48 Politik der Bundesregierung: viel zu zögerlicher Umstieg auf regenerative
49 Energien, mangelndes Bekenntnis zum Kohleausstieg, fehlende Anstrengungen,
50 endlich die fossilen Abhängigkeiten im Wärme- und Verkehrsbereich anzugehen.

51 Auch wenn die Widerstände an einigen Stellen zunehmen, werden wir Grüne die
52 Stimme der Energievernunft bleiben. Statt eines Stillstandes oder einer
53 Verlangsamung beim Ausbau Erneuerbarer Energien, wie er derzeit auf Bundesebene
54 von der Bundesregierung gewollt wird, brauchen wir neue Impulse für einen
55 Energiemix aus Wind, Sonne und Biogas. Statt einer Konzentration der
56 Erneuerbaren auf hoher See oder in Küstennähe brauchen wir die Erneuerbaren als
57 dezentrales, regionales und bürgernahes Klimaschutzprojekt.

- 58 Wir Grüne setzen uns weiterhin dafür ein,
- 59 • dass auf Bundesebene ein wirkungsvolles EEG verabschiedet wird, mit dem
60 ein effektiver Zubau Erneuerbarer Energien auch in Rheinland-Pfalz
61 ermöglicht wird
 - 62 • dass im EEG kein Deckel für die Erneuerbaren Energien festgeschrieben
63 wird, sondern Mindestziele gesetzt werden
 - 64 • dass die De-Minimis-Regelung der EU-Leitlinien voll ausgeschöpft und
65 Windparks bis zu einer Größe von 18 MW von den Ausschreibungen ausgenommen
66 werden
 - 67 • dass es keine Abgabe auf Eigenstromerzeugung gibt und das
68 Grünstromprivileg wieder eingeführt wird
 - 69 • dass keine Projekte durch eine plötzliche negative Veränderung der
70 Vergütung gefährdet und somit unplanbar werden;
 - 71 • dass Anreize für einen dezentralen, lastnahen Zubau erneuerbarer
72 Stromkapazitäten gesetzt werden
 - 73 • dass der Ausstieg aus der schmutzigen Kohle möglichst schnell vollzogen
74 wird
 - 75 • dass bundespolitische Impulse für einen Ausbau Erneuerbarer Energien im
76 Wärmebereich sowie geeignete Unterstützung bei der Gebäudesanierung
77 gesetzt werden;
- 78 dass landespolitisch die Weichen weiter für die Einleitung der Wärmewende und
79 einen Zubau an Erneuerbaren Energien im Strombereich gestellt wird
- 80 • dass aufgezeigt wird, welche Potenziale in einer ambitionierten Wärmewende
81 stecken und welche Instrumente dafür notwendig sind
 - 82 • Die Bioenergie als Instrument für Speicherung und Regelung von Energie und
83 in Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen zu nutzen.
- 84 Begründung der Dringlichkeit: am 12.5.2015 gab es eine Konferenz der
85 MinisterpräsidentInnen der Länder mit der Bundeskanzlerin zum Thema Novelle des
86 EEGs. Diese blieb ohne Ergebnis. Somit wird weiter verhandelt zwischen dem Bund
87 und den Ländern und wir GRÜNE können unsere Position nochmals deutlich machen.
88 Die nächste Verhandlungsrunde zwischen Bund und Ländern ist Ende Mai. Der 12.5.
89 war nach dem Antragschluss.

Begründung

erfolgt mündlich

L-1neu Unseren Landesverband zukunftsfest machen

Antragsteller*in: Landesvorstand

Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

1 Vor fünf Jahren haben BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Sprung aus der APO in die
2 Regierungsverantwortung geschafft. Das Ergebnis der Landtagswahl 2016 stellt
3 unsere Partei nun vor neue Herausforderungen. Wir haben die Möglichkeit, unsere
4 Regierungsbeteiligung – diesmal in einem Dreier-Bündnis – fortzuführen und
5 müssen unsere parlamentarische Arbeit mit einer deutlich kleineren
6 Landtagsfraktion stemmen. Um diese Herausforderungen zu meistern, müssen wir
7 unsere Arbeitsweise und unsere Parteistrukturen weiterentwickeln. Bei der
8 Auswertung der Ergebnisse der Landtagswahl 2016 und im Rückblick auf die
9 vergangenen 5 Jahre lässt sich eine Diskrepanz feststellen zwischen dem
10 Bestreben, professionelle Regierungsarbeit zu leisten und der Entwicklung
11 unserer Parteistrukturen von einer Partei in der außerparlamentarischen
12 Opposition in eine Regierungspartei. Hier ist es nicht in allen Bereichen
13 gelungen, alle Kräfte unserer Partei einzubinden und optimal zusammen zu
14 arbeiten.

15 Strukturen für die Zukunft

16 Zuletzt haben wir im Dezember 2012 unsere Parteistrukturen verändert. In den
17 letzten 4 Jahren und durch das Ergebnis der Wahl ist deutlich geworden, dass die
18 Veränderungen der letzten Strukturdiskussion nicht die gewünschten Wirkungen
19 gezeigt haben. Durch die Einführung eines Kleinen Parteitages sollte die
20 Anbindung der Kreisverbände verbessert werden, eine Funktion, die vom Parteirat
21 als nicht gut genug erfüllt gesehen wurde. Trotz verschiedener Bemühungen des
22 Landesvorstands, das Format „Kleiner Parteitag“ von den
23 Landesdelegiertenversammlungen abzusetzen, wurde er von vielen als zusätzliche
24 LDV in kleinerem Rahmen wahrgenommen. Er benötigt auch einen ähnlichen
25 organisatorischen Aufwand wie große Parteitage. Gleichzeitig fiel mit dem
26 Parteirat, der mit der Beratung des Landesvorstands und der Anbindung der
27 Kreisverbände stets eine Doppelrolle erfüllen musste, ein wichtiges
28 strategisches Beratungs- und Vernetzungsgremium im Landesverband weg.

29 Neben Strukturfragen gibt es zahlreiche Aspekte unserer Arbeitsweise, die wir
30 kritisch analysieren und verbessern müssen. Das betrifft die parteiinterne
31 inhaltliche Arbeit, innerparteiliche Kommunikation, Diskussions- und
32 Entscheidungsprozesse, die Arbeit im Landesvorstand und die Zusammenarbeit mit
33 der Landtagsfraktion, mit der Landesgruppe im Deutschen Bundestag, mit den
34 haupt- und ehrenamtlichen GRÜNEN KommunalpolitikerInnen und mit der GRÜNEN
35 JUGEND, die Anforderungen und Möglichkeiten einer Landesgeschäftsstelle und
36 sicher auch noch andere Bereiche unseres Landesverbandes.

37 Hinzu kommt, dass uns durch die hohen Stimmverluste bei der Landtagswahl pro
38 Jahr ca. 120.000 Euro Einnahmen fehlen. Das ist eine Summe, die wir nicht mit
39 kleineren Kürzungen und Einsparungen an einzelnen Haushaltspositionen erreichen
40 können. Um diese Herausforderung zu stemmen, müssen wir gemeinsam den
41 Landesverband (auch strukturell) neu aufstellen. Hierbei gilt es zu prüfen,
42 welche Verteilung der finanziellen Mittel für die politischen Herausforderungen
43 notwendig ist.

44 Die Diskussion darüber muss in der Partei mit der nötigen Zeit zur Diskussion
45 und mit einer Einbindung aller Beteiligten geführt werden – aber auch innerhalb
46 eines überschaubaren Zeitraumes um die finanziellen Auswirkungen möglichst
47 schnell zu regulieren und Handlungs- und Kampagnenfähigkeit für die kommende
48 Legislaturperiode sowie die im Herbst 2017 stattfindenden Bundestagswahlen und
49 die Kommunal- und Europawahlen 2019 sicherzustellen.

50 Die LDV beschließt:

- 51 • Zur Optimierung unserer Strukturen und Arbeitsprozesse, sowie deren
52 Anpassung an unsere finanziellen Möglichkeiten findet ein Diskussions- und
53 Entscheidungsprozess innerhalb des Landesverbandes statt. Bis Ende des
54 Jahres 2016 sollen veränderte Strukturen beschlossen, gewählt und
55 arbeitsfähig sein.
- 56 • Der Landesvorstand organisiert diesen Prozess gemeinsam mit einer Gruppe
57 von sechs Mitgliedern. Hierzu benennen die grünen Mitglieder der
58 Landesregierung, die Landtagsfraktion, die Landesgruppe im Bundestag und
59 die GRÜNE JUGEND RLP je einen VertreterIn. Weiterhin gehören dieser Gruppe
60 zwei VertreterInnen der Kreisverbände an, die durch die
61 Landesdelegiertenversammlung gewählt werden.
- 62 • Auftakt der Diskussionen: Grüner Kongress im Juli 2016. Auf dem Kongress
63 soll darüber hinaus eine Analyse des Wahlausgangs erfolgen, die in die
64 Strategie für die künftigen Wahlkämpfe einfließt.
- 65 • Ergebnissicherung, Auswertung und Erarbeitung verschiedener Modelle durch
66 den Landesvorstand und die obige Gruppe gemeinsam mit dem Landesfinanzrat
67 bis September 2016.
- 68 • Vorstellung und Diskussion der Modelle innerhalb der Partei
69 (Kreismitgliederversammlungen und zwei bis drei Regionalkonferenzen).
- 70 • Verabschiedung der Strukturänderungen auf einer LDV Ende Oktober 2016.
- 71 • Neuwahl des Landesvorstands und der (neuen) satzungsgemäßen Strukturen auf
72 einer LDV im Dezember 2016.

Begründung

erfolgt mündlich

TO-1 Tagesordnung

Antragsteller*in: Landesvorstand
Tagesordnungspunkt: 1. Eröffnung, Formalia

- 1 TOP 1 Eröffnung, Formalia
- 2 TOP 2 Landtagswahl 2016
- 3 • Antrag L-1 „Unseren Landesverband zukunftsfest machen“
- 4 TOP 3 Finanzen
- 5 • Antrag H-1 Nachtragshaushalt 2016
- 6 TOP 4 Anträge
- 7 • A-1 „Neuwahl des Landesvorstandes jetzt!“
- 8 • A-2 „Einrichtung einer Arbeitsgruppe '2030'“
- 9 TOP 5 Verschiedenes

Begründung

erfolgt mündlich

TO-1neu Tagesordnung

Antragsteller*in: Landesvorstand
Tagesordnungspunkt: 1. Eröffnung, Formalia

- 1 TOP 1 Eröffnung, Formalia
- 2 TOP 2 Landtagswahl 2016
- 3 • Antrag D-1 Personalvorschlag des Landesvorstands für das rot-gelb-grüne
- 4 Kabinett
- 5 TOP 3 Finanzen
- 6 • Antrag H-1 Nachtragshaushalt 2016
- 7 TOP 4NEU GRÜNE Rheinland-Pfalz auf dem Weg in die Zukunft
- 8 • Antrag A-1 „Neuwahl des Landesvorstandes jetzt!“
- 9 • Antrag L-1 „Unseren Landesverband zukunftsfest machen“
- 10 • Antrag A-2 „Einrichtung einer Arbeitsgruppe '2030'“
- 11 TOP 5 Verschiedenes

Begründung

erfolgt mündlich